



N I E D E R S C H R I F T
(öffentlicher Teil)
10. Sitzung des Hauptausschusses
am Dienstag, 25.02.2014

Ort: Roter Saal, Rathaus, 23539 Lübeck

Beginn: 16:30 Uhr

Ende: 17:33 Uhr

Anwesende Mitglieder

Vorsitz	
Jan Lindenau- SPD	

Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Stadtpräsidentin Gabriele Schopenhauer- SPD	
Michelle Akyurt- Bü90	
Oliver Dedow- Die PARTEI-PIRATEN	
Jörg Hundertmark- SPD	
Volker Krause- BfL	
Christopher Lötsch- CDU	
Ragnar Harald Lüttke- LINKE	
Silke Mählenhoff- Bü90	
Thomas Rathcke- FDP	
Peter Reinhardt- SPD	
Lars Rottloff- CDU	
Anette Röttger- CDU	
Andreas Zander- CDU	

Weitere Teilnehmer aus Bürgerschaft und Fraktion	
Anja Sabrina Hagge- SPD	
Marcellus Niewöhner- BfL	
Ingo Schaffenberg- SPD	

Verwaltung	
Bürgermeister Bernd Saxe- FB 1 - Bürgermeister	
Senator Sven Schindler- FB 2 - Wirtschaft und Soziales	
Senator Bernd Möller- FB 3 - Umwelt, Sicherheit und Ordnung	
Senator Franz-Peter Boden- FB 5 - Planen und Bauen	
Wolf-Dieter Barteck- Beteiligungscontrolling	öffentlicher Teil anwesend bis TOP 9 / 17.17 Uhr
Hans-Werner Duwe- Bürgermeisterkanzlei, Protokollführung	
Annette von Gerlach-Zapf- Recht	zu TOP 5.2 anwesend
Henning Junge- Bürgermeisterkanzlei	
Marc Langentepe- Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	öffentlicher Teil anwesend bis TOP 9 / 17.17 Uhr
Wolfgang Rojahn- Recht	
Andreas Borchardt- Schule und Sport	öffentlicher Teil anwesend bis TOP 9 / 17.17 Uhr
Angelika Kramm- FB 4 Fachbereichscontrolling	öffentlicher Teil anwesend bis TOP 9 / 17.17 Uhr
Dierk Wallendzik- GMHL	öffentlicher Teil anwesend bis TOP 9 / 17.17 Uhr
Hans-Wolfgang Wiese- LPA	

Sonstige Personen	
VertreterInnen der Presse-	öffentlicher Teil anwesend bis TOP 9 / 17.17 Uhr
Zuhörerinnen und Zuhörer-	öffentlicher Teil anwesend bis TOP 9 / 17.17 Uhr

Entschuldigte Mitglieder

Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Bruno Böhm- fraktionslos	entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 28.01.2014
3. Anfragen / Antworten / Mitteilungen
 - 3.1. Anfrage von Hauptausschussmitglied M. Akyurt und S. Mählenhoff: Fragen zu einer möglichen Klage gegen die Planfeststellung Januar 2013 für die Deponie Schönberg/Ihlenberg
Vorlage: VO/2014/01273
 - 3.2. Anfrage: Sachstand Schule Steinrade
Vorlage: VO/2014/01398
 - 3.3. Anfrage Frau Mählenhoff betr. Werbeaktion des Unternehmens IKEA
 - 3.4. Anfrage von Herrn Zander betr. Umstellung des Betriebssystems Windows XP auf ein aktuelleres System
 - 3.5. Anfrage von Herrn Zander betr. Sachstand Erbbauzinsrückerstattung
 - 3.6. Mediationsverfahren im LHG Tarifkonflikt
 - 3.7. Anfrage von Herrn Rottloff betr. Mieterhöhungen Nördl. Wallhalbinsel
 - 3.8. Anfrage von Herrn Rathcke betr. Sachstand Vorbereitung und Organisation der Feierlichkeiten zum 3.10.2014
 - 3.9. Anfrage von Herrn Dedow betr. Sachstand Online-Archivierung der Stadtzeitung
4. Berichte
5. Beschlussvorlagen
 - 5.1. 11. Änderung der Verwaltungsgebührensatzung der Hansestadt Lübeck
10. Änderung der Entgeltordnung für besondere Leistungen der Hansestadt Lübeck
Vorlage: VO/2014/01278
 - 5.2. 2. Satzung zur Änderung der Satzung der Hansestadt Lübeck über die Erhebung einer Vergnügungssteuer auf das Halten von Spiel- und Geschicklichkeitsgeräten
Vorlage: VO/2014/01298

- 5.3. Bebauungsplan 10.04.00 - Blankensee/ Alter Dorfkern -
- Satzungsbeschluss -
Vorlage: VO/2013/01205
- 5.4. Außerplanmäßige Bewilligung einer Verpflichtungsermächtigung im Haushaltsjahr 2014 und Aufhebung des im Haushaltsjahr 2013 bestehenden Sperrvermerks für die Erweiterungs- und Umbaumaßnahme "Schule an der Wakenitz" (5.651)
Vorlage: VO/2014/01392
6. Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft
7. Anträge von Ausschussmitgliedern
8. Verschiedenes
- 8.1. Herr Rathcke betr. Beratung von Fraktionsanträgen im Hauptausschuss
- 8.2. Herr Bürgermeister Saxe betr. Stellungnahme der Kommunalaufsicht zur Stellung der Bürgerschaft und des Hauptausschusses im Zusammenhang mit den städt. Gesellschaften
9. Ende des öffentlichen Teils
15. Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Öffentlicher Teil:

TOP 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Sodann weist der Vorsitzende auf folgende umgeteilte Unterlagen hin:

TOP 1 Übersicht der Fachausschussergebnisse

(neu)

TOP 3.2 / VO 1398 Anfrage betr. Sachstand Schule Steinrade

*Der Hauptausschuss
nimmt Kenntnis.*

Des Weiteren teilt der Vorsitzende mit, dass vorgesehen ist, die TO um nachstehende Vorlagen im Wege der Dringlichkeit zu erweitern:

Vorlage Nr. 1392 – Außerplanmäßige Bewilligung einer Verpflichtungsermächtigung im Haushaltsjahr 2014 und Aufhebung des im Haushaltsjahr 2013 bestehenden Sperrvermerks für die Erweiterungs- und Umbaumaßnahme „Schule an der Wakenitz“

Die Vorlage wäre dem TOP 5.4 zuzuordnen.

Vorlage Nr. 1363 – Auftragsvergabe betr. Bauvorhaben Umgestaltung der Untertrave zwischen Holsten- und Braunstraße

Die Vorlage wäre dem TOP 13.8 zuzuordnen.

*Der Hauptausschuss ist einstimmig mit der Erweiterung
der Tagesordnung im Wege der Dringlichkeit um die
vorgenannten beiden Punkte einverstanden.*

Herr Zander beantragt, TOP 5.2 zu vertagen, da aus der Sicht seiner Fraktion noch Beratungsbedarf besteht.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen.

*Der Antrag von Herrn Zander auf Vertagung
von TOP 5.2 wird mit Mehrheit abgelehnt.*

Auf Nachfrage von Herrn Reinhardt zu TOP 12.1 wird von der Verwaltung allgemein bestätigt, dass der Bericht nichtöffentlich zu behandeln ist.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass aufgrund der Änderung der Gemeindeordnung (§ 35) nunmehr ein gesonderter Verfahrensbeschluss

mit 2/3 Mehrheit über die nichtöffentliche Behandlung von Vorlagen erforderlich ist.

Er schlägt vor, über den Ausschluss der Öffentlichkeit „en bloc“ abzustimmen.

Der Hauptausschuss ist einstimmig mit der von der Verwaltung vorgeschlagenen Zuordnung der Tagesordnungspunkte in den nichtöffentlichen Teil einverstanden.

TOP 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 28.01.2014

Keine Wortmeldungen.

Der Hauptausschuss nimmt die Niederschrift in der vorgelegten Fassung zur Kenntnis.

TOP 3 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

TOP 3.1 Anfrage von Hauptausschussmitglied M. Akyurt und S. Mählenhoff: Fragen zu einer möglichen Klage gegen die Planfeststellung Januar 2013 für die Deponie Schönberg/Ihlenberg Vorlage: VO/2014/01273

Herr Bürgermeister Saxe teilt mit, dass der Bereich Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz für den 4.3.2014 einen Termin zur Akteneinsicht vereinbart hat. Erst danach könne zu den fachlichen Fragen, die Grundlage der rechtlichen Beurteilung sind, Stellung genommen werden.

Der Hauptausschuss nimmt Kenntnis und stellt die weitere Beantwortung der Anfrage einstimmig bis zur nächsten Sitzung zurück.

Herr Bürgermeister Saxe führt zunächst aus, dass die vorliegenden Fragen sich auf den von der Bürgerschaft beschlossenen Berichtsauftrag beziehen. Der Bericht befindet sich zur Zeit in der verwaltungsinternen Abstimmung und wird zur März-Sitzung der Bürgerschaft vorgelegt. Zwischenergebnisse können daher zum heutigen Zeitpunkt noch nicht vorgelegt werden.

Lediglich eine Beantwortung der Frage 5 durch Herrn Senator Boden ist heute möglich.

Herr Zander, Herr Rathcke, Herr Lüttke und Herr Rottloff kritisieren, dass der Bürgermeister zur heutigen Sitzung des Hauptausschusses keinen Zwischenstand berichten könne. Nach ihrer Ansicht wäre dies bei den vorliegenden Fragestellungen durchaus möglich. Herr Bürgermeister Saxe teilt diese Auffassung nicht. Er verweist in diesem Zusammenhang auf das von der Bürgerschaft selbst gewählte Verfahren hin.

Nach Darstellung von Herrn Rottloff ist diese Verfahrensweise nicht akzeptabel. Er macht deutlich, dass es in der Vergangenheit regelmäßig Zwischenberichte der Verwaltung gegeben habe. Seine Vermutung, dass der Bericht der Verwaltung in eine bestimmte Richtung tendiere werde, wird von Herrn Bürgermeister Saxe als unbegründet zurückgewiesen.

Es spricht weiter BM Herr Niewöhner, der die Antwort des Bürgermeisters nach richtigen oder falschen Aussagen im Bericht im Hinblick auf die noch ausstehende verwaltungsinterne Abstimmung des Berichtes kritisch hinterfragt.

Den Wortbeitrag von BM Herr Niewöhner kommentiert Herr Reinhardt zeitgleich während der Antwort von Herrn Bürgermeister Saxe mit der Bemerkung „Vollpfosten“.

Sowohl Herr Krause als auch Herr Rottloff und anschließend Herr Zander kritisieren die Sitzungsleitung wegen der Duldung des Zwischenrufs.

BM Herr Niewöhner bittet, die beleidigende Äußerung von Herrn Reinhardt im Protokoll festzuhalten.

Abschließend spricht der Vorsitzende zu der Äußerung von Herrn Reinhardt und bittet, die Zwiesgespräche zu unterlassen und die inhaltliche Diskussion fortzuführen.

Frau Akyurt fordert von der CDU-Fraktion die Rückkehr zu einer sachlichen Politik und verweist ebenfalls auf den zur März-Sitzung der Bürgerschaft geforderten Bericht.

Nach Ansicht von Herrn Zander sind die vorliegenden Fragen nicht Gegenstand des Berichtsauftrages. Er bekräftigt seine Forderung nach einer Zwischenberichterstattung. Herr Rathcke und Herr Lüttke schließen sich dem an. Herr Lüttke führt ergänzend aus, dass die Verfahrensweise undemokratisch und nicht akzeptabel sei und dass es keinen guten Stil darstelle, wenn den Belangen der Eltern und der Kinder nicht Rechnung getragen werde.

Eine Nachfrage von Herrn Rottloff zu der noch offenen Stellungnahme des Bildungsministeriums zu dem Fortbestand von Kleinst-Schulen beantwortet Herr Bürgermeister Saxe. Er führt aus, dass die angeforderte Stellungnahme heute eingegangen sei. Sie wird morgen den Fraktionen zugeleitet. Herr Bürgermeister Saxe gibt einen kurzen Überblick über den wesentlichen Inhalt der Stellungnahme, verweist jedoch wegen der Detailinformationen auf die Kopien des Erlasses, die den Fraktionen kurzfristig zugehen werden.

Herr Senator Boden beantwortet sodann die Frage 5 aus dem vorliegenden Fragenkatalog. Wie er ausführt, waren mehrere Schlüssel der verschlossenen Schule im Umlauf, so dass es

zu unberechtigten Zutritten kam. Die Verwaltung musste daher aus Gründen der Fürsorgepflicht die Schlösser auswechseln. Schlüssel stehen nur noch einem eng begrenzten Personenkreis zur Verfügung.

Herr Zander fordert erneut, die offenen Fragen zu beantworten und bittet, dies auf die Tagesordnung des nächsten Hauptausschusses zu setzen. Hierzu spricht der Vorsitzende.

Der Hauptausschuss nimmt die Antwort zu Frage 5 zur Kenntnis und stellt die Beantwortung der übrigen Fragen bis zur nächsten Sitzung am 11.3.2014 zurück.

TOP 3.3 Anfrage Frau Mählenhoff betr. Werbeaktion des Unternehmens IKEA

Frau Mählenhoff nimmt Bezug auf die heutige LN-Berichterstattung und spricht die derzeit laufenden Werbeaktionen an.

Sie fragt, ob mit dieser Aktion Werbeeinnahmen für die Stadt verbunden sind, wenn ja, in welcher Höhe. Des Weiteren fragt sie nach der Dauer der Aktion.

Herr Senator Boden sagt zu, eine entsprechende Beantwortung zu dieser im Prinzip gebührenpflichtigen Aktion zu Protokoll nachzureichen.

(Anmerkung des Protokolls: Die Antwort des FB 5 ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.)

Der Hauptausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 3.4 Anfrage von Herrn Zander betr. Umstellung des Betriebssystems Windows XP auf ein aktuelleres System

Herr Zander weist darauf hin, dass das Betriebssystem Windows XP ausläuft und fragt, wie die Stadt sich auf diese Situation einstellt.

Es sprechen Herr Bürgermeister Saxe und Herr Junge, der erläutert, dass diese Problematik bereits Gegenstand einer Anfrage von Herrn Langbehn nach § 16 GeSchO der Bürgerschaft war und dass der Bürgerschaft zur Sitzung am 27.2.2014 eine Antwort zugeleitet wird.

Der Hauptausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 3.5 Anfrage von Herrn Zander betr. Sachstand Erbbauzinsrückerstattung

Zu einer Sachstandsanfrage von Herrn Zander gibt Herr Senator Schindler einen kurzen Überblick über den Bearbeitungsstand und sagt zu, in der nächsten Sitzung des Ausschusses am 11.3.2014 detailliert zu berichten.

Eine Nachfrage des Vorsitzenden zur Abwicklung der bereits im Oktober 2013 beschiedenen Rückzahlungen wird Herr Senator Schindler ebenfalls in der nächsten Sitzung beantworten.

Der Hauptausschuss nimmt Kenntnis und stellt die weitere Beratung der Anfrage bis zur nächsten Sitzung zurück.

TOP 3.6 Mediationsverfahren im LHG Tarifkonflikt

Herr Zander fragt, wer zu der kürzlich bei der LHG durchgeführten Mediation eingeladen habe, wer teilgenommen habe und welche Ergebnisse erzielt wurden.

Nach Darstellung von Herrn Bürgermeister Saxe gab es keine förmliche Einladung. Die Initiative sei vom Aufsichtsrat ausgegangen. Teilgenommen haben Mitglieder des Aufsichtsrates, die Arbeitnehmer-Vertreter im Aufsichtsrat sowie die Geschäftsführung der LHG.

Die streitenden Parteien seien sich näher gekommen, konkrete Ergebnisse liegen jedoch nicht vor.

Der Hauptausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 3.7 Anfrage von Herrn Rottloff betr. Mieterhöhungen Nördl. Wallhalbinsel

Auf Nachfrage von Herrn Rottloff erläutert Herr Senator Schindler Einzelheiten zu den Anpassungen der Mietverträge auf der Nördl. Wallhalbinsel. Er führt aus, dass dies auf den Bürgerschaftsauftrag zur Erzielung höherer Mieten zurückzuführen sei.

Dem widerspricht Herr Rottloff, der deutlich macht, dass die Mieterhöhungen lediglich Gegenstand einer Diskussion im Rahmen des Hearings sein sollten.

Herr Senator Schindler wird die Angelegenheit prüfen.

Weitere Einzelheiten zu der Thematik werden im nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

Der Hauptausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 3.8 Anfrage von Herrn Rathcke betr. Sachstand Vorbereitung und Organisation der Feierlichkeiten zum 3.10.2014

Eine Sachstandsanfrage von Herrn Rathcke zu den Feierlichkeiten und insbesondere zu dem Ort der Feier wird Herr Bürgermeister Saxe in der nächsten Sitzung beantworten.

Der Hauptausschuss stellt die weitere Beratung der Anfrage bis zur nächsten Sitzung zurück.

TOP 3.9 Anfrage von Herrn Dedow betr. Sachstand Online-Archivierung der Stadtzeitung

Herr Dedow nimmt Bezug auf seine frühere Anfrage zur Online-Archivierung der Lübecker Stadtzeitung und fragt nach evtl. Ergebnissen zwischenzeitlich mit dem Verlag geführter Gespräche.

Herr Bürgermeister Saxe weist erneut auf seine Äußerung hin, dass es sich bei der Einstellung der Archivierung um eine unternehmerische Entscheidung des Verlages gehandelt habe.

Über neue Erkenntnisse könnte in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses informiert werden.

Der Hauptausschuss nimmt Kenntnis und stellt die weitere Beratung der Anfrage bis zur nächsten Sitzung zurück.

TOP 4 Berichte

Es liegt nichts vor.

TOP 5 Beschlussvorlagen

**TOP 5.1 11. Änderung der Verwaltungsgebührensatzung der Hansestadt Lübeck
10. Änderung der Entgeltordnung für besondere Leistungen der Hansestadt Lübeck
Vorlage: VO/2014/01278**

Keine Wortmeldungen.

Beschlussvorschlag:

Die als Anlage 1 beigefügte 11. Änderung der Verwaltungsgebührensatzung der Hansestadt Lübeck und die als Anlage 2 beigefügte 10. Änderung der Entgeltordnung für besondere Leistungen der Hansestadt Lübeck werden beschlossen

Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig, gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.

TOP 5.2 2. Satzung zur Änderung der Satzung der Hansestadt Lübeck über die Erhebung einer Vergnügungssteuer auf das Halten von Spiel- und Geschicklichkeitsgeräten
Vorlage: VO/2014/01298

Der Vorsitzende spricht die Rechtsprechung des EUGH an und fragt, ob die Problematik der Brutto- bzw. Nettokasse als Grundlage für die Bemessung der Steuer in die Vorlage einbezogen wurde.

Frau von Gerlach-Zapf, Bereich Recht, erläutert hierzu die konkreten Auswirkungen der Rechtsprechung und die Abgrenzungsproblematik hinsichtlich des europäischen und des nationalen Rechts. Die Verwaltung orientiert sich am bisherigen Verfahren und begründet diese Handhabung u.a. mit einer aktuellen Entscheidung des OVG NRW.

Zu einem Hinweis von Herrn Rathcke auf die finanziellen Belastungen für die Spielhallenbetreiber merkt Herr Bürgermeister Saxe an, dass mit der Erhebung der Vergnügungssteuer auch eine Steuerungswirkung verbunden sei, mit der Absicht, die Angebote im Spielbetrieb zu reduzieren.

Es diskutieren hierzu weiter Herr Rathcke, Herr Bürgermeister Saxe, Herr Lüttke, Herr Senator Boden und der Vorsitzende.

Der Vorsitzende schlägt vor und beantragt, in der Bürgerschaft zwar den Satzungsbeschluss zu treffen, dies jedoch mit der Maßgabe zu verbinden, das Inkrafttreten der Satzung auszusetzen, bis die in Flensburg und Kaltenkirchen anhängigen Verfahren entschieden sind.

Herr Zander bittet erneut um Vertagung, da noch Beratungsbedarf bestehe und mit den Beteiligten noch Gespräche geführt werden sollen.

Herr Lüttke bittet um Entscheidung über die Vorlage.

Der Vorsitzende führt aus, dass seitens der SPD-Fraktion Gespräche mit den betroffenen Betreibern geführt worden sind und Einvernehmen im Sinne seines vorstehenden Antrages bestehe.

Beschlussvorschlag:

Die 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung einer Vergnügungssteuer auf das Halten von Spiel- und Geschicklichkeitsgeräten vom 23.05.2006, geändert durch die Satzung vom 02.06.2009, wird in der Fassung der Anlage 2 beschlossen.

Der Antrag des Vorsitzenden, die Beschlussvorlage um die vorgenannte Maßgabe zu ergänzen, wird mehrheitlich angenommen.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft mit Mehrheit, gem. Beschlussvorschlag zu entscheiden, mit der Maßgabe, dass das Inkrafttreten der Satzung bis zur Entscheidung über die in dieser Angelegenheit in Flensburg und Kaltenkirchen anhängigen Gerichtsverfahren ausgesetzt wird.

Keine Wortmeldungen.

Beschlussvorschlag:

1. Die Bürgerschaft billigt den für den Bebauungsplan 10.04.00 – Blankensee/ Alter Dorfkern – erstellten Auswertungsbericht zu den im Rahmen der öffentlichen Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB und der Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen in der vorliegenden Fassung (Anlage 1 und 2) .

Die während der öffentlichen Auslegung des Entwurfs des Bebauungsplanes 10.04.00 – Blankensee/ Alter Dorfkern – nach § 3 Abs. 2 BauGB abgegebenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange hat die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck mit folgendem Ergebnis geprüft:

a) berücksichtigt werden die Stellungnahmen von:

- Bereich Archäologie und Denkmalpflege, Abtl. Archäologie, Hansestadt Lübeck (HL), vorgebracht mit Schreiben vom 27.05.11 und vom 15.10.13,
- Bereich Feuerwehr, HL, vorgebracht mit Schreiben vom 30.05.11 und 08.07.13,
- Bereich Haushalt und Steuerung, vorgebracht mit Schreiben vom 11.07.13
- Bereich Umweltschutz, HL, vorgebracht mit Schreiben vom 05.07.11,
- Bereich Naturschutz, HL, vorgebracht mit Schreiben vom 01.07.11 und 04.08.11 und
- Bereich Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz vorgebracht mit Schreiben vom 02.07.13,
- Bereich Verkehr, HL, vorgebracht mit Schreiben vom 18.07.11,
- Bereich Stadtgrün und Verkehr, HL, vorgebracht mit Schreiben vom 07.08.13,
- Entsorgungsbetriebe; HL, vorgebracht mit Schreiben vom 19.07.11, 18.07.13 und vom 15.10.13,
- LLUR Schleswig-Holstein, Technischer Umweltschutz, Regionaldezernat Südost vorgebracht mit Schreiben vom 24.07.13
- Kreis Herzogtum Lauenburg vorgebracht mit Schreiben vom 05.04.12 und vom 06.08.13,
- Landeskriminalamt, Sachgebiet 323, Kampfmittelräumdienst, vorgebracht mit Schreiben vom 06.07.11,
- AG 29 vorgebracht mit Schreiben vom 22.07.11,
- BUND vorgebracht mit Schreiben vom 22.07.11 und vom 23.01.08 (im Rahmen der frühz. Beteiligung gem. § 3 (1) BauGB),
- Initiative Zukunft Blankensee e.V. vorgebracht mit Schreiben vom 21.07.11, 05.08.13 und vom 18.11.13,
- NABU Schleswig-Holstein und Lübeck vorgebracht mit Schreiben vom 19.07.11,

- Schutzgemeinschaft gegen Fluglärm und Umgebung e.V. vorgebracht mit Schreiben vom 20.07.11,
- Anwohner 1, 2, und 7 vorgebracht mit Schreiben vom 20.07.11 bzw. Anwohner 4 vorgebracht mit Schreiben vom 15.07.11 und Anwohner 9 vorgebracht mit Schreiben vom 22.07.11 und
- Anwohner 2 vorgebracht mit Schreiben vom 05.08.13 und vom 13.11.13.

b) teilweise berücksichtigt werden die Stellungnahmen von:

- Bereich Naturschutz, HL, vorgebracht mit Schreiben vom 01.07.11,
- Bereich Umweltschutz, HL, vorgebracht mit Schreiben vom 05.07.11,
- Bereich Verkehr, HL, vorgebracht mit Schreiben vom 18.07.11,
- BUND vorgebracht mit Schreiben vom 22.07.11 und vom 23.01.08 (im Rahmen der frühz. Beteiligung gem. § 3 (1) BauGB),
- Initiative Zukunft Blankensee e.V. vorgebracht mit Schreiben vom 21.07.11, vom 05.08.13 und vom 18.11.13,
- NABU Schleswig-Holstein und Lübeck vorgebracht mit Schreiben vom 19.07.11,
- Schutzgemeinschaft gegen Fluglärm und Umgebung e.V. vorgebracht mit Schreiben vom 20.07.11,
- Anwohner 1 und 2 vorgebracht mit Schreiben vom 20.07.11 bzw. Anwohner 8 vorgebracht mit Schreiben vom 21.07.11 und Anwohner 9 vorgebracht mit Schreiben vom 22.07.11 und
- Anwohner 1 vorgebracht mit Schreiben vom 05.08.13.

c) nicht berücksichtigt werden die Stellungnahmen von:

- Bereich Naturschutz, HL, vorgebracht mit Schreiben vom 01.07.11 und 04.08.11,
- Bereich Umweltschutz, HL, vorgebracht mit Schreiben vom 05.07.11 und
- Bereich Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz vorgebracht mit Schreiben vom 02.07.13,
- Entsorgungsbetriebe Lübeck vorgebracht mit Schreiben vom 18.07.13 und vom 15.10.13,
- Investitionsbank Schleswig-Holstein vorgebracht mit Schreiben vom 31.07.13
- Kreis Herzogtum Lauenburg vorgebracht mit Schreiben vom 05.04.12,
- AG 29 vorgebracht mit Schreiben vom 22.07.11 und vom 06.08.13,
- BUND vorgebracht mit Schreiben vom 22.07.11, vom 23.01.08 (im Rahmen der frühz. Beteiligung gem. § 3 (1) BauGB) und vom 06.08.13,
- Initiative Zukunft Blankensee e.V. vorgebracht mit Schreiben vom 21.07.11, vom 05.08.13 und vom 18.11.13,
- NABU Schleswig-Holstein und Lübeck vorgebracht mit Schreiben vom 19.07.11 und vom 06.08.13,
- Schutzgemeinschaft gegen Fluglärm und Umgebung e.V. vorgebracht mit Schreiben vom 20.07.11, vom 06.08.13 und 14.11.13,

- Anwohner 1 - 9 vorgebracht mit den Schreiben vom 15.07.11 (A. 4), vom 20.07.11 (A. 1 - 3, 5 und 7), vom 21.07.11 (A. 6 und 8) und vom 22.07.11 (A. 9) und
- Anwohner 1 vorgebracht mit Schreiben vom 05.08.13 und Anwohner 2 mit Schreiben vom 05.08.13 und 13.11.13.

Die in den beiliegenden Auswertungsberichten (Anlage 1 (Beteiligungen 2013) und Anlage 2 (Beteiligung 2011)) enthaltene Prüfung der Stellungnahmen einschließlich der Abwägungsempfehlungen werden gebilligt.

Der Bereich Stadtplanung wird beauftragt, diejenigen, die eine Stellungnahme abgegeben haben, von diesem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.

2. Auf Grund des § 10 BauGB sowie nach § 84 der Landesbauordnung Schleswig-Holstein wird der Bebauungsplan in der vorliegenden Fassung (Anlage 3) als Satzung beschlossen.

Die zugehörige Begründung wird in der vorliegenden Fassung (Anlage 6) gebilligt.

3. Der Beschluss des Bebauungsplanes 10.04.00 – Blankensee/ Alter Dorfkern – durch die Bürgerschaft ist nach § 10 BauGB ortsüblich bekannt zu machen. In der Bekanntmachung ist anzugeben, wo der Plan mit Begründung während der Sprechstunden eingesehen und über den Inhalt Auskunft verlangt werden kann.

*Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft
mit Mehrheit (bei 4 Enthaltungen), gemäß
Beschlussvorschlag zu entscheiden.*

**TOP 5.4 Außerplanmäßige Bewilligung einer Verpflichtungsermächtigung im Haushaltsjahr 2014 und Aufhebung des im Haushaltsjahr 2013 bestehenden Sperrvermerks für die Erweiterungs- und Umbaumaßnahme "Schule an der Wakenitz" (5.651)
Vorlage: VO/2014/01392**

Keine Wortmeldungen.

Beschlussvorschlag:

1. Bei dem Produktsachkonto **216101.199.7851000 Grund- u. Regionalschulen / Schule an der Wakenitz / Hochbaumaßnahmen**

wird für das Haushaltsjahr 2014 eine Verpflichtungsermächtigung zu Lasten des Haushaltsjahres 2015 in Höhe von **1.300.000,00 EUR** für die Erweiterungs- und

Umbaumaßnahme Schule an der Wakenitz außerplanmäßig gem. § 95 f GO SH bewilligt.

Deckung:

Reduzierung der Verpflichtungsermächtigung um **1.300.000,00 EUR** bei folgendem Produktsachkonto:

552001 537 7852000 Wasser und Hafen / Bahnhof Skandinavienkai Nord / Tiefbaumaßnahmen

2. Der gem. § 12 Abs. 2 und 3 GemHVO-Doppik **im Jahr 2013** bestehende Sperrvermerk in Höhe von 1 Mio. EUR auf dem Produktsachkonto **216101.199.7851000 Grund- u. Regionalschulen / Schule an der Wakenitz / Hochbaumaßnahmen** bestehende Sperrvermerk wird hiermit aufgehoben. Die Mittel werden gleichzeitig freigegeben.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig, gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.

TOP 6 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

Es liegt nichts vor.

TOP 7 Anträge von Ausschussmitgliedern

Es liegt nichts vor.

TOP 8 Verschiedenes

TOP 8.1 Herr Rathcke betr. Beratung von Fraktionsanträgen im Hauptausschuss

Herr Rathcke fragt, ob es möglich wäre, in der vor der Bürgerschaft stattfindenden Sitzung des Hauptausschusses auch Fragen zu Fraktionsanträgen zu stellen.

Der Vorsitzende verneint diese Frage und verweist darauf, dass der Hauptausschuss nicht die Funktion eines Fraktionsarbeitskreises habe.

Der Hauptausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 8.2 Herr Bürgermeister Saxe betr. Stellungnahme der Kommunalaufsicht zur Stellung der Bürgerschaft und des Hauptausschusses im Zusammenhang mit den städt. Gesellschaften

Herr Bürgermeister Saxe nimmt Bezug auf frühere Anfragen im Hauptausschuss und berichtet, dass den Mitgliedern des Hauptausschusses in dieser Angelegenheit eine – allerdings zu Nachfragen Anlass gebende - Stellungnahme der Kommunalaufsicht sowie ein Schreiben der Stadt mit diesen Nachfragen zur konkreten Rechtslage zugeleitet worden ist.

Der Hauptausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 9 Ende des öffentlichen Teils

Der Vorsitzende schließt um 17.17 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit verlässt den Sitzungsraum.

Die Sitzung wird um 17.18 Uhr vom Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

TOP 15 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Der Vorsitzende teilt mit, dass im nichtöffentlichen Teil der Sitzung Berichte und Vorlagen des Bürgermeisters behandelt worden sind.

Der Hauptausschuss nimmt Kenntnis.

Lübeck, den 12. März 2014

Jan Lindenau
Vorsitz

Hans-Werner Duwe
Protokollführung